

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 16/8000 –

**Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung
– 16. Legislaturperiode –**

2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/8194 –

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/8000 –**

**Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung
– 16. Legislaturperiode –**

A. Problem

Zu Nummer 1

Der Bericht der Bundesregierung stellt ausführlich die Lage der Tourismuswirtschaft, die tourismuspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und die künftigen Herausforderungen an die Tourismuspolitik dar. Die politischen Herausforderungen konzentrieren sich auf die Bereiche Globalisierung, Klimawandel, demographischer Wandel, Sicherheit und Veränderungen im Reiseverhalten.

Die Globalisierung erschließe einerseits neue Reiseziele, z. B. China, Indien oder den Mittleren Osten. Andererseits konkurrierten diese neuen Reiseziele mit Angeboten innerhalb Europas und damit auch in Deutschland. Dieser neuen Konkurrenz müsse durch noch stärkere Leistungsfähigkeit bei Qualität, Preis und Unverwechselbarkeit des Urlaubserlebnisses begegnet werden.

Ebenso müssten die Herausforderungen des Klimawandels auf den Tourismus angenommen werden. Die schädlichen Einflüsse des Tourismus sollten so klein wie möglich gehalten werden, Anpassungsstrategien seien erforderlich. Bei den Reisezielen werde es Verlierer und Gewinner geben. Das Potsdam-Institut für Klimaforschung gehe davon aus, dass Deutschland als Reiseland attraktiver werde.

Der demographische Wandel verändere die Zielgruppen der Tourismuswirtschaft. Der Wachstumsmarkt der älteren Reisenden müsse durch spezielle Angebote erschlossen werden, zugleich wachse die Bedeutung von Gesundheitstourismus und barrierefreiem Reisen.

Darüber hinaus benötige der Tourismus Sicherheit. Wirtschaft, Politik und Touristen selbst müssten für ein Höchstmaß an Sicherheit auf der Reise und am Urlaubsort sorgen. Für 86 Prozent aller deutschen Touristen sei die persönliche Sicherheit am Urlaubsort maßgeblich für ihre Reiseentscheidung. Zuverlässige Einschätzungen von Reiserisiken und eine verantwortungsbewusste Information der Menschen, etwa durch die Reise- und Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts, würden immer wichtiger.

Zu Nummer 2

Mit ihrem 31 Forderungen umfassenden Entschließungsantrag will die Fraktion der FDP die Rahmenbedingungen für den Tourismussektor als einer der wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranchen verbessern. Insbesondere in den wirtschaftspolitischen Gestaltungsfeldern der Steuerpolitik und der Arbeitsmarktpolitik werde die Tourismuswirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit belastet. Die Fraktion der FDP fordert in ihrem Entschließungsantrag daher u. a. eine Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung von Unternehmen und Verbrauchern durch ein niedriges, einfaches und gerechtes Steuerrecht, den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gaststätten, eine Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes, damit Jugendliche unter 18 Jahren bis 23 Uhr arbeiten können und damit bessere Ausbildungschancen haben sowie eine Liberalisierung der Öffnungs- und Sperrzeiten. Außerdem wird eine Ausdehnung der Sommerferienregelung auf 90 Tage verlangt. Darüber hinaus sollte es keine Flugticketsteuer oder eine Kerosinsteuer im nationalen oder im europäischen Alleingang geben, weil dies nur von geringem Nutzen für die Umwelt wäre und Arbeitsplätze vernichten würde. Auch sollten die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien eins zu eins umgesetzt werden und nicht über deren Regelungsgehalt hinausgehen, wie es im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz geschehen sei.

B. Lösung

In Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/8000

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8194 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 16/8000
den Antrag auf Drucksache 16/8194 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Klaus Brähmig
Berichterstatter

Annette Faß
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Klaus Brähmig, Annette Faße, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

1. Zu der Unterrichtung auf Drucksache 16/8000

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 146. Sitzung am 22. Februar 2008 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf **Drucksache 16/8000** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

2. Zu dem Antrag auf Drucksache 16/8194

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 146. Sitzung am 22. Februar 2008 den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/8194** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Zu der Unterrichtung auf Drucksache 16/8000

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 68. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 84. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 62. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 90. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 68. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 69. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 62. Sitzung am 25. Juni 2008 Kenntnisnahme empfohlen.

2. Zu dem Antrag auf Drucksache 16/8194

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 68. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 84. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 62. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 90. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 68. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 69. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 62. Sitzung am 25. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Tourismus hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/8000 und den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/8194 in seiner 61. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/8000 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/8194 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** sah in dem Bericht der Bundesregierung eine gute Basis für alle, die im touristischen Bereich in Deutschland arbeiten, sowohl im politischen Bereich, sei es im Bund oder den Ländern oder im vorpolitischen Bereich mit seinen zahlreichen Organisationen und Verbänden. Im Bericht würden die Grundzüge der Tourismuspolitik dargestellt, es werde über die wirtschaftliche Lage der touristischen Branchen berichtet und die Maßnahmen der Bundesregierung in der 16. Legislaturperiode erläutert. Zu einigen beispielhaften Marktsegmenten, wie etwa dem Städte- und Kulturtourismus, dem naturnahen Touris-

mus, dem Fahrradtourismus, dem barrierefreien Reisen, dem Familien-, Kinder- und Jugendtourismus würden besonders viele Informationen gegeben. Außerdem würden die wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft, nämlich Globalisierung, Klimawandel, demographischer Wandel und Entwicklung neuer Märkte angesprochen.

Die Steuer- und Abgabenlast zu senken, wie es der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP fordere, wäre zwar wünschenswert, sei angesichts des übergeordneten Zieles der Haushaltskonsolidierung zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht umsetzbar.

Die **Fraktion der SPD** fand es zunächst einmal vollkommen in Ordnung, dass die Bundesregierung einen Sachstandsbericht vorgelegt habe, der deutlich mache, dass in vielen Tourismusbereichen gehandelt worden sei. Dies bedeute aber nicht, dass man die Hände jetzt in den Schoß legen könne, sondern der Bericht sei vielmehr als Ansporn zum Handeln zu sehen. Daher forderte die SPD ein Leitbild für den Deutschlandtourismus ein. Es sei wichtig, sich mit den zukünftigen tourismuspolitischen Schwerpunkten auseinanderzusetzen und gemeinsam mit den Ländern Leitlinien für die Tourismuspolitik in Deutschland zu entwickeln. Die Fraktion der SPD begrüßte zudem, dass der Fahrradtourismus ein deutlicher Schwerpunkt des Berichtes geworden sei. Umso bedauerlich sei es, dass Bahnchef Hartmut Mehdorn die Einrichtung einer Pilotstrecke, auf der die Fahrradmitnahme im ICE getestet werden sollte, abgesagt habe. Es sei zwar bekannt, wie die Bahn zum Thema Fahrradmitnahme im ICE stehe, aber wenigstens die Einrichtung einer Teststrecke hätte möglich sein müssen.

In vielen von der Fraktion der FDP verlangten Bereichen habe die Bundesregierung bereits gehandelt oder die Dinge seien auf den Weg gebracht. In anderen Punkten habe es bereits Anträge der Koalitionsfraktionen gegeben oder man habe – wie z. B. bei der Entzerrung der Sommerferienzeiten – andere Wege gesucht, um zum Erfolg zu kommen. Man könne sich in wirtschaftlichen Fragen auch an die Spitze der Bewegung setzen. In wieder anderen Punkten, wie beim Jugendarbeitsschutz und beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, habe die Fraktion der SPD eine andere Auffassung als die Antragsteller.

Die **Fraktion der FDP** zeigte sich von dem Bericht enttäuscht, da er keine klaren politischen Signale gebe. Dabei wären diese gerade in der Steuerpolitik notwendig. Die Unternehmenssteuerreform bringe für viele touristische Betriebe massive Nachteile und die Mehrwertsteuererhöhung schlage beim Endverbraucher voll durch, die Umsatzzahlen für die Gastronomie seien katastrophal. Positiv sei die Entwicklung bei den Ausbildungsplätzen. Allein das Hotel- und Gaststättengewerbe bilde über 100 000 junge Menschen aus. Dies sei zu würdigen, denn der demographische Wandel mache es notwendig, Auszubildende als Investition in die Zukunft zu gewinnen. Eine tourismuspolitische Herausforderung, die in dem Bericht überhaupt nicht angesprochen werde, sei die Neuorganisation der Tourismuspolitik in der

Bundesregierung. In der 16. Wahlperiode sei das Amt des Tourismusbeauftragten neu geschaffen worden. Daneben gebe es im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) nur ein Referat, das sich mit dieser Thematik befasse. Ein Blick auf die Haushaltsansätze zeige, dass das BMWi Tourismuskittel in Höhe von ca. 27 Mio. Euro habe, die anderen Ministerien aber in Höhe von ca. 50 Mio. Euro. Wenn man wirklich effiziente Tourismuspolitik machen wolle, müsse man dazu kommen, die Mittel stärker im BMWi zu konzentrieren und zudem eine schlagkräftige Tourismusabteilung aufbauen. Besonders ärgerlich sei, dass die Tourismuspolitiker der Koalition öffentlich einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie forderten, während man in der eigenen Fraktion geschweige denn in der Koalition keine Mehrheit habe. Dementsprechend finde das Thema im Bericht nur am Rande Erwähnung. Demgegenüber sei die Forderung nach reduzierten Mehrwertsteuersätzen für das Gastgewerbe konkrete Tourismuspolitik, die zudem von der ganzen Fraktion der FDP getragen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE** charakterisierte den Bericht als zu einseitig wirtschaftspolitisch ausgerichtet. Umweltfragen spielten praktisch keine Rolle, das Recht auf Reisen werde nicht diskutiert und die Situation der im Tourismus Beschäftigten werde nicht ausreichend beleuchtet. Die Fraktion trat dafür ein, ein eigenes Tourismusministerium zu schaffen, schließlich sei der Tourismus weltweit eine der Wachstumsbranchen der Zukunft und einer der größten Beschäftigungsfaktoren in Deutschland.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP zeige, dass es unterschiedliche Herangehensweisen an die Entwicklung des Tourismus gebe und die Richtung, die der Antrag vorgebe, sei genau die, die DIE LINKE nicht wolle.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass der Bericht zwar viele Themenfelder aufgreife, aber auch wichtige Schwerpunkte auslasse. So werde unsere Gesellschaft künftig nicht nur vom demographischen Wandel, sondern auch von Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich stärker geprägt werden. Hier werde für die Tourismuswirtschaft noch viel Entwicklungsbedarf gesehen. Weiter fehle im Bericht eine klimapolitische Richtungsentscheidung. Die Bundesregierung subventioniere das Fliegen durch un versteuertes Flugbenzin, statt ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen Missstand zu beseitigen. Eine Kerosinbesteuerung sei nötig, um zu einer Gleichbehandlung von regionaler Wirtschaft und ausländischen Wirtschaftsregionen zu kommen. Die inländischen Hotels seien energetisch teilweise auf dem Stand der 80er oder 90er Jahre. Hier müssten speziell für Gastronomie und Hotellerie Programme der KfW Bankengruppe aufgelegt werden, um diesen Sanierungsstau zu beseitigen.

In dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP seien zu viele Themenfelder der Liberalisierung aufgelistet. Auch vor einer Senkung der Mehrwertsteuer im Gastgewerbe sei zu warnen. Eine Steuersenkung führe höchstens zu Mitnahmeeffekten, habe aber keine Auswirkungen auf die Preisstruktur.

Berlin, den 25. Juni 2008

Klaus Brähmig
Berichterstatte

Annette Faße
Berichterstatte

Ernst Burgbacher
Berichterstatte

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatte

Bettina Herlitzius
Berichterstatte

